

KLIMA-3NEU Maßnahmen einer GRÜNEN Landwirtschaft zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens

Gremium: LAG Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Beschlussdatum: 28.03.2017
Tagesordnungspunkt: 2. Klimaschutz

1 Im völkerrechtlich verbindlichen Weltklimaabkommen von Paris hat sich die
2 Staatengemeinschaft zu einer Begrenzung der Erwärmung auf deutlich unter

3 2 Grad Celsius und Anstrengungen, um eine Begrenzung auf 1,5 Grad zu erreichen
4 verpflichtet. Dafür sollen die globalen Treibhausgasemissionen in der zweiten
5 Hälfte des Jahrhunderts Netto-Null betragen. Nur durch aufschreiben der
6 Klimaschutzziele werden sie sich nicht erfüllen lassen.

7 Besonders für Industriestaaten bedeutet dies eine vollständige Dekarbonisierung
8 aller Sektoren bis zum Jahr 2050. Diesen Beschluss gilt es in Rheinland-Pfalz
9 und Deutschland durch die Schaffung entsprechender gesetzlicher
10 Rahmenbedingungen umzusetzen. RLP hat mit seinem Klimaschutzgesetz und
11 Klimaschutzkonzept schon die ersten Schritte eingeleitet. Je früher der Ausstieg
12 aus der Nutzung fossiler Energieressourcen eingeleitet wird, desto
13 kosteneffizienter wird diese Umstellung von statten gehen und desto größer sind
14 die wettbewerblichen Vorteile für die gesamte Wirtschaft.

15 Allein die Energiewende reicht dazu nicht aus, es braucht auch die anderen
16 Wirtschaftsbereiche – auch die Landwirtschaft. Dazu braucht es eine Agrarwende
17 hin zu einer Landwirtschaft, die umwelt-, tier- und klimafreundlich arbeitet.
18 Gerade die Landwirtschaft ist auf die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen
19 angewiesen. Die Landwirtschaft ist heute schon leidtragende der Klimakrise. In
20 den vergangenen Jahren mussten Bäuerinnen und Bauern Ertragsausfälle verkraften
21 durch Wetterextreme wie Dürre, Hagel und Starkregen.

22 Die Art und Weise, wie in einem überwiegenden Teil der Landwirtschaft
23 gewirtschaftet wird, wird sich die Klimakrise weiter verschärfen so dass der
24 relative Beitrag der Landwirtschaft an den THG-Emissionen in Deutschland weiter
25 steigen wird. Dabei bestehen viele Möglichkeiten, wie der gesamte Sektor zum
26 Klimaschutz beitragen kann.

27 Für eine realistische Einschätzung der Emissionen, die durch die Landwirtschaft
28 in Deutschland bzw. Rheinland-Pfalz verursacht werden, muss man den
29 vorgelagerten Bereich (beispielsweise die Dünge- und Pestizidherstellung), den
30 freiwerdenden Kohlenstoff zum Beispiel bei der Umwandlung von Moorböden in
31 Ackerland und den Kraftstoff- und Energieverbrauch miteinbeziehen.

Besonders ins Gewicht fallen dabei:

- Methan-Emissionen aus der Rinderhaltung; wobei Rinder, die auf der Weide gehalten werden, zugleich unerlässlich dafür sind, CO₂-bindendes Grünland zu erhalten
- entstehende Lachgasemissionen bei der Düngung und
- freiwerdende Emissionen bei der Umwandlung von Grünland und Moorböden in Ackerflächen.

In dieser Berechnung fehlt jedoch die große Menge an Treibhausgasen, die sich dadurch ergibt, dass in anderen Teilen der Welt Futter angebaut wird für die Tiere in der hiesigen Landwirtschaft – und zwar auf satten 2,5 Millionen Hektar.

Für Bündnis 90/Die Grünen ist klar: Die industrielle Landwirtschaft ist mitverantwortlich für die Klimakrise und ihre weltweiten Folgen wie Dürren, Stürme, Hochwasser und die Zerstörung der Lebensgrundlagen von Menschen in allen Teilen der Welt. Und die Landwirtschaft kann zugleich zum Teil der Lösung werden. Echter Klimaschutz kann nur dann erreicht werden, wenn die Landwirtschaft ihre Verantwortung ernst nimmt und in die Anstrengungen einbezogen wird, unser Klima zu schützen. Gutachten zeigen das Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt und der Bauernverband mit ihrer Meinung falsch liegen, die Landwirtschaft in Deutschland könne von einer fortschrittlichen Klimapolitik verschont werden – unter anderem mit dem absurden Argument, deutsche Agrarexporte trügen zur Sicherung der Welternährung bei.

Wir wollen und werden uns dieser Herausforderung stellen. Wir haben aber keine Zeit mehr zu verlieren.

Klimaschutz durch eine grüne Landwirtschaft

Wir wollen eine Agrarwende – hin zu einer grünen Landwirtschaft, die das Klima, die Tiere und die Umwelt schützt. Auf dem Weg dorthin müssen wir die richtigen Stellschrauben drehen. Dazu zählt unter anderem ein Klimaschutzgesetz auf Bundesebene, das für alle Wirtschaftsbereiche Klimaschutzziele bis 2050 samt Zwischenzielen vorgibt und sie so in die Verantwortung nimmt.

Folgende Schritte wollen wir gehen, um eine klimafreundliche Agrarwende zu erreichen:

Tierhaltung – Klasse statt Masse

Wir wollen eine Tierhaltung die auf Qualität setzt. Für die gegenwärtig praktizierte Tierhaltung haben wir in Deutschland nicht die Ackerflächen, um Futtermittel umweltverträglich anzubauen. Weiter haben wir nicht die Flächen um die anfallenden Güllemassen so auszubringen, dass sie von Pflanzen und Boden tatsächlich in einem verträglichen Maß aufgenommen werden können. Aus unserer Sicht sollte daher eine Begrenzung der Tierzahl auf zwei Großvieheinheiten pro Hektar durch die Agrarförderung das Ziel sein. Außerdem gehören Kühe, Ziegen und Schafe für uns auf die Weide. Wiederkäuer sind hervorragend zur Bewirtschaftung und dem Erhalt von wertvollem Grünland geeignet. Eine solche Haltung gliedert sich optimal in eine bäuerliche standortgebundene Landwirtschaft ein.

Moorböden schützen

75 Die Nutzung der Moorböden müssen wir einschränken. Sie dürfen nicht mehr
76 umgebrochen oder entwässert werden, sämtliche Zuschüsse zur Entwässerung solcher
77 Böden und Direktzahlungen für Ackerbau auf Moorböden müssen gestrichen werden.
78 Wir müssen in den Ländern Moore schützen und erhalten. Regenerierbare Moorböden
79 wollen wir dauerhaft wiedervernässen. Wo stark degradierte Moorböden nicht mehr
80 wiedervernässt werden können, unterstützen wir eine extensive Nutzung, z.B. als
81 Streuobstwiesen oder Weiden für Rinder, Ziegen oder Schafe.

82 Rheinland-Pfalz leistet hier schon einen wichtigen Beitrag für mehr biologische
83 Vielfalt und den Schutz unseres Klimas. Im rheinland-pfälzischen
84 Klimaschutzkonzept ist die Renaturierung von Moorflächen ein wichtiger
85 Maßnahmenblockbestandteil. So wurden bisher schon zwei EU-LIFE-geförderte
86 Projekte zur Renaturierung von Mooren erfolgreich umgesetzt. In der Aktion Grün
87 – dem neuen Landesprogramm zur Umsetzung der rheinland-pfälzischen
88 Biodiversitätsstrategie ist der Aufbau und die Umsetzung eines
89 Moorschutzprogramms verankert. Das Moorschutzprogramm besteht aus 2 Säulen
90 – der Moor-Erfassung mittels Kataster und der Moor-Renaturierung. In 2017 werden
91 in einem ersten Schritt 10 Hektar Moorflächen in der Nationalparkregion
92 wiedervernässt.

93 Extensives Grünland erhalten

94 Um Wiesen und Weiden ihren Nutzen für das Klima zu erhalten, wollen wir ihren
95 Umbruch beenden. Mit dem neuen Landesnaturschutzgesetz aus 2015 setzt RLP diese
96 Forderung bereits um. Es dürfen keine artenreichen Wiesen und Weiden mehr
97 umgebrochen werden. Erhalten hat oberste Priorität – denn auch wenn Grünland zum
98 „Ausgleich“ neu angelegt wird, wird dabei im ersten Jahr nur halb so viel
99 Kohlenstoff im Boden fixiert, wie bei Umbruch freigesetzt wird. Das ist auch
100 eine Bundesaufgabe. Wir brauchen eine verbindliche nationale Grünlandstrategie.

101 Stickstoffüberschüsse senken, gesunde Böden fördern

102 Dafür brauchen wir Regeln, die greifen – ob Düngegesetz und -verordnung oder
103 Richtlinie der Luftreinhaltung (NEC-Richtlinie). Bei Düngegesetz und -verordnung
104 wollen wir vor allem für belastete Gebiete eine deutliche Begrenzung der Menge
105 an Düngemitteln, die ausgebracht werden darf. Rückgrat ist eine ordentliche
106 Bilanzierung, die wir mit der so genannten „Stoffstrombilanz“ erreichen wollen.
107 Dafür haben sich die grünen Agrar- und Umweltminister*innen bei den Bund-Länder-
108 Verhandlungen über die Düngeverordnung vehement eingesetzt. Der jetzt erreichte
109 Kompromiss stellt für uns das Mindestmaß an Gewässer- und Klimaschutz dar, auf
110 dessen Grundlage weitere Maßnahmen für eine nationale Stickstoffstrategie
111 erfolgen müssen.

112 Wir wollen Forschung und Beratung im Bereich der humussteigernden,
113 agrarökologischen Bewirtschaftungsmethoden ausbauen und stärken. Zu diesen
114 Methoden gehören Mischkulturen und ganzjährige Bodenbedeckung ebenso wie
115 Fruchtfolgen, Agroforstsysteme und das rheinland-pfälzische Programm der
116 gewässerschonenden Landwirtschaft. Auch ein vielfältiges Bodenleben erhöht die
117 Speicherkraft. Chemisch-synthetische Mineraldünger und Pestizide schädigen
118 jedoch die Lebewesen im Boden und ihr Gesamtgefüge. Daher wollen wir ihre
119 Verwendung deutlich reduzieren und eine Stickstoffüberschussabgabe und eine
120 Pestizidabgabe auf Bundesebene prüfen.

121 Um Böden vor weiterem Schaden zu schützen, fordern wir eine EU-weite
122 Bodenschutzrichtlinie sowie eine Honorierung von Maßnahmen zum Humusaufbau auf
123 sehr humusarmen Böden im Rahmen einer reformierten Förderstruktur der GAP. Zudem
124 müssen die Maßgaben für Böden in der so genannten „Guten Fachlichen Praxis“
125 konkretisiert und Verstöße sanktioniert werden.

126 Klimafreundlich fördern

127 Bei einer künftigen Reform der Agrarpolitik auf EU-Ebene (ab 2020) setzen wir
128 uns dafür ein, dass nur noch solche Betriebe gefördert werden, die auch
129 klimafreundlich wirtschaften. Generell soll es nach 2020 Agrarförderung nur noch
130 für Betriebe geben, die sich im Bereich Klima-, Umwelt-, Natur-, und Tierschutz
131 engagieren und Arbeitsplätze schaffen. Bereits jetzt fordern wir Grüne aber, die
132 bestehenden Spielräume zu nutzen und 15 Prozent der EU-Gelder aus der ersten in
133 die zweite Säule zu schichten. Damit stünde mehr Geld für so genannte
134 Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen zur Verfügung. Bundesmittel müssen insbesondere
135 kostspielige Vorhaben flankieren, wie die Renaturierung von Moorböden. Leider
136 haben sich die Länder im Bundesrat nur auf eine Anhebung der Umschichtung auf
137 sechs Prozent einigen können und selbst diese moderate Umschichtung lehnt
138 Bundesminister Schmidt von der CDU/CSU ab.

139 Ökolandbau stärken

140 Laut dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) ist der Ökolandbau
141 um 15 bis 20 Prozent „klimafreundlicher“ als die konventionelle Landwirtschaft.
142 Das liegt am besseren Humusaufbau und den niedrigeren Lachgasemissionen. Wir
143 wollen möglichst viel Ökolandbau möglichst schnell auf möglichst viel Fläche
144 sehen. Als ersten Schritt in diese Richtung wollen wir und der Deutsche
145 Bauernverband auf Bundesebene das Bundesprogramm Ökolandbau wieder komplett dem
146 Ökologischen Landbau widmen und dass es kurzfristig auf 60 Millionen Euro auf
147 gestockt wird. In RLP sind wir schon auf einem sehr guten Weg, es haben bis
148 heute 1445 Betriebe auf den ökologischen Landbau, mit einer Fläche von 63561
149 Hektar umgestellt. Das sind 8,2 % der Betriebe mit 9 % der Fläche. Im Weinbau
150 gibt es 419 Ökoweinbaubetriebe mit 5.561 Hektar, das entspricht 65 % der
151 deutschen Öko-Rebfläche. In 2017 wird es einen Ökokongress und die Aufstellung
152 eines Öko-Aktionsplan geben, um unser Ziel möglichst schnell zu erreichen.

153 Lebensmittelverschwendung eindämmen

154 Allein in Deutschland landen im Jahr rund 18 Millionen Tonnen an Nahrung im
155 Müll, 10 Millionen Tonnen davon wären vermeidbar - und damit verbunden auch eine
156 Menge Einsparpotential an unnötigen THG-Emissionen, die bei der Erzeugung der
157 Lebensmittel entstehen. Die Wissenschaftlichen Beiräte für Agrarpolitik,
158 Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz sowie für Waldpolitik beim BMEL
159 gehen davon aus, dass durch eine Vermeidung aller Lebensmittelverluste allein in
160 Privathaushalten THG-Einsparungen in Höhe von 12 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente pro
161 Jahr realisierbar wären. Ebenso wie die EU-Kommission haben wir das Ziel,
162 Lebensmittelabfälle in der EU bis 2020 zu halbieren. Und wir wollen dafür alle
163 in die Pflicht nehmen: Mit bundesweit, verbindlichen, branchenspezifischen
164 Reduktionszielen auf sämtlichen Stufen der Wertschöpfungskette.

165 CO₂-Senkenfunktion stärken

166 Auf europäischer Ebene setzen wir uns mit den anderen Grünen Ländern dafür ein,
167 dass der so genannte LULUCF-Sektor (Treibhausgase aus Landnutzung,

168 Landnutzungsänderungen und der Forstwirtschaft) langfristig eine stabile
169 negative Emissionsbilanz aufweisen und damit seine Senkenfunktion wahrnehmen
170 wird. Die Bundesregierung muss sich endlich dafür einsetzen, dass die Belange
171 der Ökologie und des Klimaschutzes nicht gegeneinander ausspielt und
172 insbesondere ein Anrechnung von Emissionsminderungen, die nur auf dem Papier
173 existieren, sicher ausgeschlossen werden. Der LULUCF-Sektor muss sich
174 selbstständig an der Begrenzung der Erderhitzung auf deutlich unter 2 Grad
175 beteiligen und darf im EU Energie- und Klimarahmen nicht zur Schwächung der
176 Emissionsreduktionen anderer Sektoren missbraucht werden

177 Die Treibhausgasminderungen im LULUCF-Sektor sollten z.B. durch einen stetigen
178 europa-weiten Auf- und Ausbau der Holzreserven im Wald (das betrifft die
179 Waldarmen Regionen) und in langlebigen Holzprodukten, eine Wiedervernässung von
180 Mooren und Feuchtgebieten sowie eine nachhaltige und ökologischen
181 Landbewirtschaftung geschehen. Wir sind der Überzeugung, dass bestehende EU-
182 Fördermechanismen wie die GAP, Life+ oder ELER konsequent an den Erfordernissen
183 des Klimaschutzes ausgerichtet werden sollten und fordern die EU-Kommission auf,
184 eigene Förderinstrumente zu entwickeln, die gezielt und langfristig die
185 Senkenfunktion für CO₂ des LULUCF-Sektors stärken.

186 Die Landesregierung wird aufgefordert:

187 Sich bei der Bundesregierung und der EU dafür einzusetzen, dass unter
188 gemeinsamer Koordinierung des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft
189 und der Bundesministerin für Umwelt umgehend ein Bündel von wirksamen und
190 treffsicheren kurz- und langfristigen Klimaschutzmaßnahmen verbindlich zu
191 verankern und sofort mit der Umsetzung zu beginnen ist. Landwirtschaft muss
192 endlich fester Bestandteil eines ambitionierten Klimaschutz-Aktionsplans der
193 Bundesregierung werden.

Begründung

erfolgt mündlich.